

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa,
Genruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Reichen.

Postfachkonto: Dresden 1530
Strohkasse Riesa Nr. 52.

Nr. 57.

Dienstag, 9. März 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverletzungen, Erhöhungen der Lohn- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag versällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Distribution oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ganger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Gröffnung der Völkerverbundversammlung in Genf.

Der umbrandete Fels.

Aus der Fülle der aus Genf einlaufenden Meldungen, so widersprechend sie sich auch zueinander verhalten, ist das Eine zum Wenigsten zu erkennen: die Frage der Ratserweiterung ist bei den Ausnahmeverhandlungen in den Mittelpunkt des Meinungsstreites geraten. Näheres aus der Sitzung im Salon des Herrn Chamberlain haben wir nicht erfahren. Das eine steht jedoch fest: Deutschlands Rechtsanspruch wurde noch nicht anerkannt, aber auch die Sabotageversuche Frankreichs haben sich noch nicht ausgedehnt. Wenn auch durch die Abreise Briand's nach Paris die Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund sich etwas verzögert und auch das Zutrittsrecht um die Ratssitze in Genf ungewißer weitergeht, so wäre es doch verfehlt, sich einem allzu großen Pessimismus hinzugeben. Im Grunde genommen ist die Stellung Deutschlands nicht unglücklich. Das heißt allerdings, wenn die deutschen Vertreter unbeeinträchtigt von ihren Freundschaftsverbindungen sind und unverrückbar auf ihrem Standpunkt beharren. Dr. Luther und Dr. Stresemann haben nicht verfehlt, in der Vorführung den deutschen Standpunkt zu präzisieren. Sie haben zu erkennen gegeben, daß sie nicht, wie Herr Chamberlain, mit ungebundenen Händen nach Genf gereist sind, sondern daß das deutsche Volk ihnen eine bestimmte Aufgabe mit auf den Weg gegeben habe, die sie erfüllen müßten. Die deutschen Vertreter stehen sich keineswegs dazu vereint, den Rechtsanspruch Deutschlands mit Drohungen zu umfassen oder in einen Ton zu versetzen, der die bereits gereizte Atmosphäre noch unerträglich hätte gestalten können. Dieses rein sachliche, aber deshalb nicht minder feste Verharren auf die deutsche Forderung hat seinen Eindruck auch nicht verfehlt. Die Herren im Völkerverbundrat haben sich überzeugt, daß die ganze Ratstrage jetzt nicht mehr durch ein Kompromiß gelöst werden kann, das seine Seite befriedigen würde, sondern daß die Entscheidung nur in einer glatten Annahme oder Ablehnung der verschiedenen Forderungen zu suchen ist.

In der Tat, die deutsche feste Haltung ist die einzige Möglichkeit, die einen Ausweg aus dieser Krise herbeiführen kann. Es darf jetzt kein Rückspiel mehr geben. Es muß sich jetzt klar entscheiden, wer der Stärkere ist: der Wunsch einer Welt, der Deutschland als Mitglied des Völkerverbundes sehen will, oder die Angst einer Entente, die durch den Eintritt des Reiches in den Völkerverbund unangenehme Komplikationen befürchtet. Das heißt, ob die Vernunft einer Welt, die aus den erneuten wirtschaftlichen Gesetzen ihre Stärke zieht, gegen die Macht der kleinen chauvinistischen Mächte, die eine Macht gegen die andere Macht zum Nutzen der eigenen Nation oder ehrgeiziger Pläne ausspielt, Recht bei einer solchen Frage hat die Antwort nicht von selbst finden? Man müßte es annehmen.

Deutschland darf in Genf auf keinen Fall nachgeben. Die schwedische Forderung, die den deutschen Rechtsanspruch unterstellt, ist nicht die Forderung einer einzelnen Nation. Sie ist vielmehr die Einstellung der Völkerverbundsmächte mittlerer Stärke, die nicht im Rat vertreten sind. Die nicht gewillt sind, sich von einigen wenigen Großmächten majorisieren zu lassen, die in den Völkerverbund eintraten, nicht um sich an einer Garantieverpflichtung für den Versailler Völkerverbund zu beteiligen, sondern nur aus idealen Gründen, die der Weltfriedensicherung dienlich sein könnten. In diesen idealen sichtbaren Merkmal eines moralischen Prestiges ein, mit der moralischen Autorität einer ihm ausgemessenen Entschlossenheit und des ihm angelegenen Unrechts, wie "Evening's Tagblatt" es dieser Lage feststellte. Dieser Wille von Vertrauen und Sympathie, die Deutschland hier entgegenbringt, muß das Reich Rechnung tragen. Es darf sich nie dazu hergeben, sich in das Schlepptau einiger Großmächte einspannen zu lassen, auch wenn der Druck auf seine Vertreter noch so groß wäre. Deutschland steht nicht mehr allein, es kämpft nicht mehr für sich. Eine Aufgabe ist ihm übertragen: nichts zu tun, was dem Sinn der Gleichberechtigung der kleinen Nationen mit den Weltmächten in sein Gegenteil verwandeln könnte. Diese Aufgabe ist eine moralische Stärkung für das Reich, die eine Nachgiebigkeit ausschließen müßte.

Es scheint so, daß man in Genf die Aussichtslosigkeit der polnischen Forderung auf einen Ratssitz eingesehen hat. Nun gibt sich Spanien zu einem doppelten Versuch her. Herr Dumonde de Leon, Spaniens Gesandter in Paris war immer ein sehr brauchbares Werkzeug in der Hand gewissen französischer Politiker. Auch dieses Mal versagte es nicht. Wir geben es gerne zu, Spanien hat eine gewisse Berechtigung, auf einem ständigen Ratssitz zu bestehen, denn es kämpft um seine Anerkennung als Großmacht, ein Begriff, auf den dieses Land einen gewissen Anspruch hat. Aber trotzdem, diese Frage ist nicht spruchreif, sie hat mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund, wie er in den Tagen von Locarno bestand, nichts zu tun. Und der Anspruch Brasiliens? Brasilien bezeichnet sich als südamerikanische Vormacht, eine Charakterisierung, die jedoch die übrigen südamerikanischen Staaten nicht wahr haben wollen. Chile protestiert, Argentinien droht, ganz aus dem Völkerverbund auszuscheiden, wenn der Forderung Brasiliens nachgegeben wird. Haben wir es angeht, dieser Strömungen wirklich nötig, uns mit diesen Staaten zu

verfeinden? und dazu nur um unseren Interessen zu widerhandeln? Nein, Deutschland muß fest bleiben! Seine Unbeugbarkeit ist der Fels, um den die Brandung tobt, an dem sie sich brechen muß. Stirbt dieser Fels, dann kommt das Chaos. Und mit ihm das Ende des Völkerverbundes.

Die Völkerverbundversammlung durch Jibii eröffnet.

Genf. In seiner Eigenschaft als Vizepräsident eröffnete gestern nachmittag 3 Uhr 20 das japanische Staatsmitglied Baron Jibii unter starkem Andrang des Publikums in feierlicher Weise die außerordentliche Völkerverbundversammlung, die über den Antrag Deutschlands zur Aufnahme in den Völkerverbund zu befinden hat.

In seiner Eröffnungsansprache wies Baron Jibii darauf hin, daß die Völkerverbundversammlung zum ersten Male zu einer außerordentlichen Tagung einberufen worden ist, wie das im Völkerverbundstatut vorgesehen ist für den Fall, daß besondere Umstände es verlangen. Er erinnerte dann an den Aufnahmeartrag, den Deutschland am 9. Februar dieses Jahres an den Völkerverbund gerichtet hat, und gab einen Überblick über die seitdem vom Völkerverbund getroffenen Maßnahmen zur Aufnahme Deutschlands. Er betonte, daß die außerordentliche Versammlung in der sehr kurzen Frist von kaum einem Monat nach Eintreffen des Antrages Deutschlands abgehalten wird. Baron Jibii erklärte dann wörtlich:

Die Einberufung der amtlichen Vertreter der meisten Staaten der Welt innerhalb einer so kurzen Frist ist gewiß ein Ereignis ohne gleichen und zeigt, wie sehr der Völkerverbund einen wirksamen Apparat darstellt, sobald es sich um Angelegenheiten handelt, die eine große Zahl von Nationen angehen. Andererseits bin ich sicher, die Gefühle nicht nur der hier versammelten Delegierten, sondern aller der Personen auszusprechen, die in der ganzen Welt unsere Debatten verfolgen, wenn ich sage, daß das Ergebnis, das uns hier zusammenführt hat, von der höchsten Bedeutung ist. Eine große Nation stellt sich ein, um in den Völkerverbund aufgenommen zu werden. Ich erlaube mir, in diesem Umstand ein Anzeichen dafür zu sehen, daß die Verpflichtungen, die die Mittelmeerstaaten des Völkerverbundes unter sich verbinden, solange sie selbst vollkommen im Geiste der internationalen Gerechtigkeit, von dem sie befreit sind, angewandt werden, immer mehr Hoffnungen wecken und immer mehr auf das Gewissen der ganzen Welt wirken werden. Darauf erklärte Baron Jibii die Versammlung unter dem Beifall der Delegierten für eröffnet.

Afonso da Costa Vorsitzender der Völkerverbundversammlung.

Genf. Die Völkerverbundversammlung wählte mit 36 von 48 Stimmen den ehemaligen portugiesischen Ministerpräsidenten Afonso da Costa unter großem Beifall der Delegierten zu ihrem Präsidenten. Auf den dänischen Gesandten in Berlin, Zahl, sind 8 Stimmen entfallen. Während der Ratssitzung Baron Jibii das Wahlergebnis verkündete und da Costa den Präsidentenstuhl einnahm, arbeiteten im Reformationsaal zum erstenmal die großen Scheinwerfer der Kinematographie. Der neugewählte Präsident da Costa dankte darauf in einer kurzen Ansprache im Namen seines Landes und in seinem eigenen Namen für die ihm durch die Wahl erwiesene Ehre, und erklärte, daß Portugal ein entscheidender Verteidiger der Grundzüge sei, auf denen die gegenseitige Tätigkeit des Völkerverbundes zur Regelung der Beziehungen unter den Völkern beruhe. Die Dauer der gegenwärtigen außerordentlichen Tagung sei wesentlich kürzer als die anderen Tagungen der Völkerverbundversammlung, dafür sei aber ihre Aufgabe, nämlich die Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund, von um so größerer Bedeutung. Freilich gebe es noch manch andere Nation, welche noch außerhalb des Völkerverbundes stehe, vor allem die Vereinigten Staaten von Amerika. Er würdigte dann in großen Zügen das Vertragswerk von Locarno und den in ihm verkörperten neuen Geist, mit dessen Hilfe künftig an Stelle von Gewalt die Vernunft und an Stelle von Konflikten die Verständigung herrschen soll. Er erinnerte ferner an ein Wort Chamberlains, wonach der Vertrag von Locarno der Erhaltung des Weltfriedens dienen werde und entbot allen, die zum Gelingen des großen Vertragswerkes beigetragen haben, die wärmsten Grüße der Versammlung.

Nach einer kurzen Unterbrechung der Eröffnungsfeier trat dann die Versammlung um 4 Uhr 40 wieder zusammen und nahm den Bericht des Ausschusses zur Prüfung der Völkerverbundstatuten entgegen. Nach diesem Bericht ist die außerordentliche Völkerverbundversammlung von 48 Mitgliedstaaten beschickt, während die übrigen sieben Mitgliedstaaten, darunter auch wieder Argentinien und verschiedene kleinere südamerikanische Staaten keine Delegierten entsandt haben.

Die Völkerverbundversammlung wählte den englischen Außenminister Sir Austen Chamberlain zum Vorsitzenden des ersten Ausschusses, der über den Aufnahmeartrag Deutschlands zu entscheiden hat, und den früheren französischen Handels- und Finanzminister Loucheur zum Vorsitzenden des Subkommissiones, dem die Festlegung des Jahresbeitrages Deutschlands und die nächsten Entscheidungen über den Bau eines Versammlungsaalgebäudes obliegen.

Chamberlain und Loucheur sind gleichzeitig Vizepräsidenten der Völkerverbundversammlung. Außerdem wurden folgende 6 Delegierte zu weiteren Vizepräsidenten gewählt: Scialoja (Italien), Ichi-Japan, James Allen-Kennedy (Kanada), Caballero-Paraguan, Titulesco-Rumänien und Morales-San Dominga.

Die beiden Ausschüsse nehmen heute Dienstag nachmittag um 4,30 Uhr ihre Beratungen auf. Die Versammlung vertagte sich darauf. Der Zeitpunkt der nächsten Sitzung ist noch nicht bestimmt.

Die deutsche Delegation bleibt fest.

Genf. Die deutsche Delegation gibt folgende Erklärung ab:

Einer Meldung des Journal de Geneve zufolge, soll der Korrespondent der Times nach London berichtet haben, man habe es für möglich gehalten, daß die deutsche Delegation für den spanischen Sitz angenommen werden könne. Demgegenüber sei, ohne die Bedeutung und Berechtigung der einzelnen Kandidaturen in diesem Zusammenhang zu würdigen, erneut darauf hingewiesen, daß die deutsche Delegation in Genf an dem bisher vertretenen, in der Hamburger Rede des Reichsfinanzministers dargelegten Standpunkte festhält.

Die Ratsskandidaten.

Genf. Folgende Staaten haben nunmehr ihre Ansprüche auf einen ständigen Ratssitz angemeldet: Spanien, Brasilien, Polen, die Tschechoslowakei, Belgien, China, Portugal und Jugoslawien.

Englische Benennung über die Lage in Genf.

London. (Funkpruch.) Mit Ausnahme von Daily News, deren Genfer Korrespondent sich nach wie vor optimistisch äußert, spiegeln die Genfer Meldungen den Ernst der Lage wider. Uebereinstimmend melden die Blätter, daß die Vertreter der Dominions bei der Konferenz mit Chamberlain sich ausdrücklich gegen die jegliche Zulassung weiterer Staaten außer Deutschland zum Völkerverbund ausgesprochen haben.

Der Genfer Korrespondent der Daily News schreibt, die Aussicht, daß jetzt Deutschland zugelassen werde und einen ständigen Ratssitz erlangen werde, und daß ferner alle anderen Fragen bis Dezember vertagt werden, verhältnisse sich langsam aber stetig, besonders da Schweden durch eine feste Gruppe kleiner europäischer Staaten unterstützt werde.

Der Genfer Korrespondent der Westminster Gazette meint, die Lage sei sehr ernst und sieht nicht die geringste Aussicht auf Lösung.

Der Genfer Korrespondent des Daily Chronicle meldet, bei den Vorbereitungen sei ein sehr harter Druck auf Deutschland ausgeübt worden. Von den Unterzeichnern des Rheinlandpacts habe sich nur Belgien nicht daran beteiligt. Auf indirekte Weise sei Deutschland aufeinander zu verhalten gegeben worden, das ein bestimmter Staat seine Zustimmung zu Deutschlands Eintritt verweigern werde, wenn es nicht nachgibt. Demgegenüber aber sei die deutsche Haltung fest. Deutschland werde und könne auch tatsächlich nicht nachgeben.

Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph schreibt, unter den nicht im Völkerverbund vertretenen Nationen machte die Bewegung gegen das von den Weltmächten gewählte Verfahren, welches mit dem Geist und Buchstaben der Völkerverbundstatuten nicht im Einklang steht, die Völkerverbundversammlung und den Rat in seiner Gesamtheit an und dürften nicht von einzelnen Mächten vorher behandelt werden.

Belgien und Spanien verlangen nach einem Ratssitz.

Paris. (Funkpruch.) Nach dem Genfer Sonderberichterstatter des Echo de Paris soll sich der belgische Außenminister Vandervelde vertraulich gegen das spanische Verlangen nach Zuteilung eines ständigen Ratssitzes ausgesprochen haben. Belgien fürchte, daß es bei der Zulassung Spaniens als ständiges Mitglied selbst aus dem Rat ausscheiden müßte.

Geteilte Stimmung in Warschau.

Warschau. Die Genfer Berichte der Warschauer Presse sind recht unterschiedlich. Die Meldungen der Rechtspresse sind sehr pessimistisch. Hauptächlich ist ein harter Pessimismus in den Telegrammen des Hga. Stronk an die Warschawjanka bemerkbar, der gute persönliche Beziehungen mit Stronk unterhält. Aus den Berichten der Rechtspresse geht hervor, daß Polen aller Wahrscheinlichkeit nach seinen Sitz im Völkerverbund erhalten werde. Die offizielle polnische Presse, hauptsächlich der Remu Kurjer Polski ist der Meinung, daß in Genf ein Kompromiß geschlossen werden wird, wonach Polen vorläufig einen nichtständigen Sitz im Völkerverbund bekommen werde.

Polen und die Genfer Verhandlungen.

Warschau. (Funkpruch.) In hiesigen politischen Kreisen scheint man die Aussichten auf Zuweisung eines Ratssitzes in Warschau — sei es nun ein ständiger oder ein nichtständiger — durchaus pessimistisch zu beurteilen.